

# Gabriela Simon

## Die Enteignung Argentiniens durch das internationale Finanzkapital

### Über die imperialistischen Strukturen des monetären Weltmarkts

In der internationalen Verschuldungskrise gibt es nicht nur Verlierer, sondern auch Profiteure. Zu letzteren gehört beispielsweise der Dollar, dessen drastische Überbewertung zu Beginn letzten Jahres Fidel Castro zu der Bemerkung veranlaßte, daß die USA »heute die halbe Welt gleichsam mit Falschgeld kaufen« könnten (Castro 1985, S. 549). Ganz abwegig ist diese Falschgeldthese nicht, wenn man bedenkt, daß der fulminante Höhenflug des Dollars auf einer fortschreitenden Unterhöhlung seiner inneren Stabilität durch riesige Staatsdefizite beruhte. Aber von den »Gesetzen«, nach denen die internationalen Finanzmärkte funktionieren, wurden diese Verstöße gegen die Regeln einer soliden Finanzpolitik nicht nur abgesegnet, sondern auch noch belohnt. Je weniger der Außenwert des Dollars seinen realen nationalen Wert widerspiegelte, desto begehrt wurde er und desto breiter wurden die Finanzströme, die — auf der Suche nach einträglichen Zinsgewinnen — in die USA flossen.

Völlig anders stellt sich die Situation für die weniger einflußreichen Teilnehmer am kapitalistischen Weltmarkt dar. Bei ihnen werden nicht nur die geringsten Sünden wider die Regeln solider Geldpolitik hart sanktioniert. Auch teuer bezahltes Wohlverhalten bringt kaum etwas ein. Argentinien beispielsweise hat sich im Frühsommer vergangenen Jahres zu einer rigiden Sparpolitik durchgerungen, mit dem obersten Ziel, die nationale Währung intern zu stabilisieren. Und obwohl dieses Ziel weitgehend erreicht wurde, ist bis dato praktisch kein einziger Dollar des nach Europa und in die USA geflüchteten Geldkapitals wieder nach Argentinien zurückgekehrt. Offensichtlich sind vor den Gesetzen des monetären Weltmarkts nicht alle gleich. Von der monetaristischen Doktrin, derzufolge monetäre Stabilität im Innern eines Landes die Basis für ein externes finanzielles Gleichgewicht sei, scheinen die Akteure auf den internationalen Finanzmärkten jedenfalls nicht viel zu halten.

Doch wenn es darum geht, gängige Lehrbuchweisheiten auf den Kopf zu stellen, hat der monetäre Weltmarkt noch einiges mehr zu bieten. Zum Beispiel in Bolivien: Hier demonstriert die Zentralbank zweimal pro Woche ihre währungspolitische Ohnmacht in Form von öffentlichen Dollarversteigerungen, als deren Ergebnis sie den Wechselkurs des bolivianischen Peso jeweils neu festgelegt. Erst nach der Festlegung des neuen Wechselkurses berechnen die bolivianischen Händler, zu welchen Preisen sie ihre Waren verkaufen. Der Wechselkurs, das lernt man schon in der Schule, bildet sich als Verhältnis der Kaufkraft zweier Währungen. Hier ist der Zusammenhang genau umgekehrt. Der Wechselkurs bestimmt die Preise, ausgedrückt in der nationalen Währung, und damit auch die Kaufkraft dieser Währung. Aber was heißt hier schon »nationale Währung«, wenn der Staat auf ihren Wert so gut wie keinen Einfluß hat? Es ist im wesentlichen die Spekulation, die den Wert des bolivianischen Peso reguliert. Und die ist — getragen von Gerüchten und unbestimmten Erwartungen — relativ unberechenbar. Nationale Preisbildung ist hier — eingebettet in die Strukturen der Weltfinanzmärkte — ein Produkt vollkommen irrationaler und unberechenbarer Vorgänge geworden.

Nun könnte man einwenden, das Beispiel Boliviens sei doch etwas weit hergeholt und diese abstrusen Abläufe, die für das monetäre Chaos in Bolivien charakteristisch sind, seien doch

cher als Symptome einer unterentwickelten Ökonomie zu begreifen. Aber auf dem internationalen Parkett sieht es nicht viel besser aus. Da bestimmen die Devisenhändler und Großspekulanten mit ihrem täglich 150 Milliarden Dollar starken Umsatz, wieviel eine Währung gilt. Und die Kommentatoren der großen Wirtschaftszeitungen suchen verzweifelt nach eindeutigen Indizien, die die zukünftige Entwicklung erahnen lassen könnten. Resigniert stellte etwa die »Wirtschaftswoche« zu Beginn dieses Jahres in bezug auf die Zukunft des Dollarkurses fest: »Es gibt weit und breit kaum gesicherte Anhaltspunkte... Auch Bank- und Bankerprognosen taugen nicht viel... Wer kurzfristig disponiert, muß sich immer wieder frisch orientieren. Gegenwärtig suchen die Experten nach einer neuen Realität. Sobald die Devisenmärkte diesen Punkt herausgefunden haben, entsteht wieder spekulative Aktivität...« (Wirtschaftswoche vom 17.1.86).

Die Anarchie des Marktes — das zeigen diese Beispiele — ist für die Realität der internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen bestimmend geworden. Die internationalen Hegemonie- und Herrschaftsmechanismen setzen sich über die Bewegungsgesetze der internationalen Finanzmärkte durch. Umgekehrt ist damit der monetäre Weltmarkt<sup>1</sup> zum Medium und Instrument im internationalen Konkurrenzkampf geworden — eine Tatsache, die sich in der aktuellen Diskussion in erster Linie am Führungsanspruch der USA festmacht, bzw. der Art, wie sie ihm Geltung verschaffen. Die Rede ist von der »monetären Hegemonie« (vgl. dazu Schubert 1985, S. 81-115). Damit ist eine neue Form der Hegemonieausübung der USA auf dem Weltmarkt bezeichnet: nachdem die internationale Vormachtstellung der USA über Jahrzehnte hinweg auf einem realen Vorsprung in der Produktivkraft der Arbeit und einem auch volumenmäßigen Übergewicht in der kapitalistischen Weltwirtschaft beruht hatte, gründet sie sich heute im wesentlichen auf der Tatsache, daß der Dollar seine Funktion als Weltgeld erhalten konnte. »Die USA sind immer noch die économie dominante auf dem Weltmarkt, aber sie können heute, weil sie den realen Vorsprung nicht mehr besitzen, ihre Hegemonie nurmehr mit monetären (und militärischen) Mitteln ausüben« (Altwater 1983, S. 237). Diese monetären Mittel sind an den Dollar als Weltgeld gebunden und damit an die Funktionsweise der internationalen Finanzmärkte, denn der Dollar erhält seine Weltgeldfunktion vor allem dadurch, »daß er die Währung ist, in der das weltweit zirkulierende Geldkapital die für seine Verwertung angemessenste Form annehmen kann.« (Schubert 1985, S. 91).

Die Tatsache, daß die Hegemonie der USA heute auf der Funktionsweise der internationalen Finanzmärkte fußt, macht den monetären Weltmarkt nicht nur zum Herrschaftsinstrument ersten Ranges, sondern auch zum dauernden Politikum. Wechselkurse, Zinssätze und internationale Kreditströme sind als Schalthebel internationaler Macht in den Vordergrund gerückt. Aber die Wortwahl in der Definition der monetären Hegemonie legt noch anderes nahe: eine Hegemonie, die nicht mehr auf einem »realen« Vorsprung, sondern »nur« noch auf monetären Mitteln beruht, ist ja wohl nichts Reelles. Bestenfalls ein »Pyrrhus-Sieg«, der nur dazu taugt, die unvermeidliche Niederlage noch ein Stück hinauszuschieben. Die Geld-Hegemonie der USA wird in diesem Verständnis als Ausdruck einer fundamentalen Krise der US-Hegemonie und als Vorstufe ihres notwendigen Zusammenbruchs interpretiert. Nur: die Ausbeutung, die mit diesen monetären Mitteln betrieben wird, ist so »real« wie eh und je. Für die Länder der Dritten Welt macht es keinen großen Unterschied, ob der Verfall ihrer Exportpreise auf einer wachsenden Diskrepanz in der Entwicklung der Produktivkräfte oder auf der Überbewertung des Dollars beruht. Und warum sollte eigentlich eine hegemoniale Position, aus der man — auf Kosten anderer — einen »realen« Nutzen ziehen kann, nicht auf Dauer Bestand haben können?

Die Frage nach dem materiellen Vorteil, den die USA aus ihrer Geld-Hegemonie ziehen, ist gar nicht so leicht zu beantworten, aber für die Beurteilung der Perspektive von entscheidender Bedeutung. Für Alexander Schubert liegt dieser Vorteil in der Möglichkeit der USA, »sich hohe Leistungsbilanzdefizite und Kapitalimporte (zu) leisten, um hiermit teilweise die riesigen Haushaltsdefizite und ein beispielloses militärisches Aufrüstungsprogramm zu finanzieren« (Schubert 1985, S. 94 f.). Aber hohe Kapitalimporte konnten sich bis vor einigen Jahren auch die Entwicklungsländer leisten, und zwar aus einer ganz und gar nicht hegemonialen Position heraus. In der bloßen Möglichkeit von Kapitalimporten ist der Hegemonie-Gewinn also nicht festzumachen. Noch in den sechziger Jahren fand die US-Hegemonie vor allem in Kapitalexporten ihren Niederschlag. Und wenn die USA noch gestern ihre Hegemonie mit einem stark überhöhten Dollarkurs ausübten, kann es morgen schon ein zu niedrig bewerteter Dollar sein, der ihren wirtschaftlichen Interessen entspricht und der ihre hegemoniale Position in keinsten Weise gefährden muß. Das Privileg der Hegemonialmacht besteht eben darin, daß sie die höchste währungspolitische Souveränität besitzt, oder, wie es Werner Meyer-Larsen in einem Spiegel-Kommentar zugespitzt formulierte, »daß der Dollarkurs keine technische Größe ist, sondern ein strategisches Instrument der Führungsmacht Amerika. Nicht nach Kaufkraftparitäten oder Außenhandelsbilanzen richtet sich der Kurs des US-Dollar, sondern danach, wie es dem Weißen Haus in den Kram paßt« (Spiegel vom 20. 1. 86). Mit dem Weltgeld Dollar als strategischem Instrument können die USA — in Grenzen — auch über die internationalen Finanzmärkte, sozusagen als »strategischer Reserve« verfügen, die nach Bedarf angezogen oder abgestoßen werden kann. Womit der wesentliche Unterschied zwischen der Verschuldung der USA und der Verschuldung der Dritten Welt auf der Hand liegt: Die USA haben Einfluß auf den Zeitpunkt und die Bedingungen ihrer Verschuldung. Sie können deshalb ihre Währungs- und Verschuldungspolitik *antizyklisch* einsetzen (vgl. dazu Sachs 1985). Und sie haben, da sie sich in ihrer eigenen Währung verschulden, Einfluß auf Zeitpunkt und Bedingungen der Schuldentilgung. Auf die heute verschuldeten Entwicklungsländer trifft genau das Gegenteil zu: Ausgangs- und Endpunkt ihrer Verschuldung waren von der Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten bestimmt. Der Zeitpunkt der Schuldentilgung fiel (nicht zufällig) mitten in eine Phase weltwirtschaftlicher Rezession und zwang die Schuldnerländer zu einer Währungs- und Fiskalpolitik, die zusätzlich krisenverschärfend wirkte.

»Die Welt ist in ein Häuflein Wucherstaaten und in eine ungeheure Mehrheit von Schuldnerstaaten gespalten.« Dieser vor genau siebzig Jahren von Lenin formulierte Satz war vielleicht noch nie so richtig wie heute. Aber die internationale Dominanz des Finanzkapitals, die Lenin als wesentliches Merkmal der imperialistischen Phase herausstellte, manifestiert sich heute nicht mehr *nur* in einer wachsenden Schicht von »Kuponschneidern« in den imperialistischen Ländern und der internationalen Ausbeutung durch Zins und Zinseszins, auch wenn diese Dimension nach wie vor existiert. Das Paradoxe der gegenwärtigen Situation liegt ja gerade darin, daß die Hegemonialmacht nicht nur mit den Zinsen, sondern auch mit ihren Schulden »wuchert«; und daß die Auslandsschulden für einige zum Verhängnis und für andere zum Privileg wurden. Der »Kuponschneider« sitzt heute unter anderem auch in Buenos Aires und kassiert die Zinsen seines Kapitals, das er im US-Bankensektor angelegt hat. Und dennoch würde niemand auf die Idee kommen, daß Argentinien die USA imperialistisch ausbeutet. Denn hier wird evident, daß die Armut des Landes Argentinien darin besteht, daß ihm der Reichtum seiner Bürger nicht gehört. Die USA hingegen können durch ihre Dominanz auf dem monetären Weltmarkt nicht nur den in fremden Ländern angelegten Besitz ih-

rer Bürger als »nationales« Eigentum betrachten (die erzielten Gewinne fließen früher oder später wieder zurück), sondern auch die im US-Bankensektor investierten ausländischen Kredite.

Schließlich entscheiden die Strömungen, in denen die Weltfinanzmärkte das international verfügbare Geldkapital einigen Ländern entziehen, um es anderen zukommen zu lassen, über mehr als nur die internationale Verteilung von Finanzmitteln. Ein Land, das dauerhaft unter Kapitalflucht zu leiden hat, ist nicht nur seiner Geldmittel beraubt, sondern zusätzlich einem wachsenden Abwertungsdruck ausgesetzt, der die internationale Verwertung seiner nationalen Arbeit verschlechtert. Im Verfall der Exportpreise der betreffenden Länder spiegelt sich dann kein Nachhinken in der Entwicklung der Produktivität wider, sondern einzig und allein eine Verschlechterung ihrer Position auf dem monetären Weltmarkt, die die unterschiedlichsten Ursachen haben kann. Diese Länder werden also durch den Entzug von Geldkapital auch ihres materiellen Reichtums beraubt. Der zu Beginn der achtziger Jahre einsetzende rapide Verfall der Rohstoffpreise ist zum guten Teil solchen Faktoren zuzuschreiben.

Der Imperialismus, soweit er sich über die internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen realisiert, hat offensichtlich mit der Entwicklung des monetären Weltmarktes einige Varianten hinzugewonnen. Er lebt nicht nur von der unmittelbaren Bereicherung der »Wucherstaaten« durch die Zinsen der Schuldnerstaaten, sondern auch von den wirtschaftspolitischen Zwängen, die sich aus den Strukturen des monetären Weltmarktes ergeben und die internationalen Konkurrenzbeziehungen auf einer globalen Ebene berühren. Im Begriff der »monetären Hegemonie« der USA ist der eine Pol dieser Verhältnisse erfaßt: die vergleichsweise größte wirtschaftspolitische Autonomie, die die USA aufgrund der Funktionsweise des monetären Weltmarktes genießen. Dem gegenüber steht die wirtschaftspolitische Entmündigung der Masse der in den kapitalistischen Weltmarkt integrierten Entwicklungsländer, die aus denselben Bewegungsgesetzen der internationalen Finanzmärkte resultiert. Im Folgenden sollen diese Mechanismen am Beispiel der Entwicklung in Argentinien analysiert werden. Neben den Verwüstungen, die die internationalen Finanzmärkte in Argentinien anrichteten, wird dabei auch die Frage nach dem Nutzen für die Gläubigerländer thematisiert werden.

### **Argentinien: Von der Kapitalflucht zum Monetarismus zur Kapitalflucht...**

Für die Manager der internationalen Verschuldungskrise, die Finanzminister der Gläubigerstaaten, Banker, den IWF, ist die Kapitalflucht aus den verschuldeten Entwicklungsländern zum Beweisstück geworden. Sie ist das zentrale Corpus delicti in einem Prozeß, in dem es darum geht, das Opfer von seiner eigenen Schuld zu überzeugen und für die Folgen des Verbrechens selbst verantwortlich zu machen. Dementsprechend geriet die letzte Jahrestagung des IWF teilweise zum Tribunal gegen die Versäumnisse der Schuldnerländer in puncto Kapitalflucht. Bundesbankpräsident Pöhl machte die Kapitalflucht kurzerhand für 50 Prozent der Schuldenkrise verantwortlich, und Gerhard Stoltenberg sprach gar von 80 bis 100 Prozent in einigen Ländern. Eine Erklärung für diese Misere hatten die beiden auch gleich parat: Es sind die hohen Inflationsraten, die das Kapital aus den Entwicklungsländern treiben. In der Bekämpfung der Inflation in den Schuldnerländern liege demnach der zentrale Schlüssel für die Überwindung der Schuldenkrise.

Haben es die Entwicklungsländer tatsächlich selbst in der Hand, die internationalen Kapitalströme zu ihren Gunsten umzulenken? Die internationale Finanzwelt, die sich mit dieser Be-

hauptung elegant aus der Affäre zieht, kann dabei auf ein theoretisches Modell zurückgreifen, das von den Vertretern der neoliberalen Schule formuliert wurde. Sie prägten den Begriff der »finanziellen Repression« (vgl. Shaw 1973, McKinnon 1973). Damit ist nicht etwa die Ausbeutung der Entwicklungsländer durch das Finanzkapital gemeint, sondern — ganz im Gegenteil — dessen Unterdrückung durch die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in diesen Ländern. Hohe und instabile Inflationsraten — so die Theorie — müßten sich zusammen mit künstlich niedrig gehaltenen Nominalzinssätzen auf die inländische Sparquote negativ auswirken, da negative Realzinsen das Kapital geradezu zur Flucht zwingen. Voraussetzung für ein genügendes in- und ausländisches Geldkapitalangebot, das höhere Investitionen und Wachstum ermöglicht, sei daher eine Verringerung der Inflationsrate (in erster Linie durch Reduzierung des Haushaltsdefizits) zusammen mit einer Erhöhung des Realzinses (vgl. Fischer 1980).

Unbestritten ist der Zusammenhang von negativen Realzinsen und Kapitalflucht. Aber ebenso augenfällig ist das Scheitern der neoliberalen Rezepte, und selbst die Gründe dafür liegen auf der Hand: Da das von der neoliberalen Schule formulierte (und vom IWF weitgehend übernommene) Maßnahmenbündel einige gesamtwirtschaftlich zentrale Preise erhöht, stellt es den Versuch dar, die Inflation monetär abzuwürgen, ohne den Kostendruck, der ihr zugrundeliegt, zu mildern. Im Gegenteil: sowohl die Reduzierung des Haushaltsdefizits durch Verzicht auf Preis- und Zinssubventionen, wie auch die Erhöhung der Realzinsen wirken kostensteigernd. Zwar verlangsamt der Abbau der Staatsdefizite und die restriktive Kreditpolitik die Geldmengenexpansion, gleichzeitig erhöht sich für die Unternehmen aber der Kostendruck. Die Folgen sind Rezession *und* andauernd hohe Inflationsraten. Beugt sich das Land dann auch noch der letzten monetaristischen Forderung und wertet seine Währung entsprechend dem internationalen Geldwertverfall laufend ab, dann mündet diese »Sanierungspolitik« in einem kumulativen Prozeß, in dem sich hohe Nominalzinsen, hohe Inflationsraten und Abwertung wechselseitig verstärken (vgl. Quijano 1982, S. 92-118).

Ein Land, das mit diesen Zusammenhängen besonders vertraut ist, ist Argentinien. In diesem Land gibt es nicht nur eine lange Tradition von Inflation und Kapitalflucht. Auch die monetaristischen Strategen konnten hier über viele Jahre hinweg mit Zinsraten, Wechselkursen und einer Politik der wirtschaftlichen »Liberalisierung« experimentieren. Und schließlich — und das macht Argentinien in diesem Zusammenhang besonders interessant — waren externe Verschuldung und Kapitalflucht hier die Folgen jener wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die heute als Medizin gegen Kapitalflucht und zur Lösung der Schuldenkrise verkauft werden. Die internationale Verschuldung Argentiniens war nicht (wie bei den meisten anderen Schwellenländern) der Preis für eine forcierte Industrialisierungsstrategie, sondern Resultat einer gezielten Integration des Landes in die internationalen Finanzmärkte durch die von 1976 bis 83 regierenden Militärs (vgl. Schubert 1985, S. 229 ff.). Da die nationale Wirtschaft Argentiniens durch die Liberalisierung der Zinssätze und des Kapitalverkehrs praktisch vollständig den Gesetzmäßigkeiten des monetären Weltmarktes ausgeliefert wurde, eignet sich dieses Beispiel besonders gut, um die Wirkungsweise der internationalen Finanzmärkte zu analysieren.

Angetreten waren die argentinischen Militärs 1976 mit einer Kampfansage an das wirtschaftliche und gesellschaftliche Chaos, das in ihren Augen — d.h. durch die Brille der Interessen der argentinischen Finanz- und Agraroligarchie gesehen — in der galoppierenden Inflation gipfelte. Sie hatte in den letzten Monaten der peronistischen Regierungsphase an die 900 % erreicht und zu massiven Kapitalfluchtbewegungen geführt. Nach knapp acht Jahren Militär-

herrschaft sahen die Ergebnisse monetaristisch orientierter Wirtschaftspolitik wie folgt aus: die Inflationsrate war nach einem kurzfristigen Absinken unter 100 % wieder auf über 600 % gestiegen; das Haushaltsdefizit war von 13 % auf 20 % des Bruttosozialproduktes angewachsen und wurde im Unterschied zur peronistischen Phase zu 100 Prozent durch die Notenpresse finanziert; das Defizit in der Zahlungsbilanz hatte sich von 1,3 Milliarden auf 2 Milliarden Dollar vergrößert. Während die wirtschaftliche Entwicklung stagnierte, der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt von 20 % auf 8 % abgesunken und die Anzahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter um 32 % zurückgegangen war, hatte sich die Auslandsschuld von 9 Mrd. auf 45 Mrd. Dollar verfünffacht. Der Schuldendienst war Ende 1983 auf 250 % der Exporteinnahmen angewachsen.<sup>2</sup>

Selbst auf dem ureigensten Terrain monetaristischer Wirtschaftspolitik, der Stabilisierung des nationalen Finanzsektors, ist ein völliger Fehlschlag zu verzeichnen: die nationalen Finanzmärkte hatten ihr Volumen zwischen 1980 und 1983 halbiert und waren zu reinen Spekulationshöhlen geworden ohne jeglichen Nutzen für die industrielle Akkumulation. 1983 waren über 90 % aller Geldanlagen auf weniger als 30 Tage befristet. Der Markt für mittel- und langfristige Kredite war praktisch gestorben (vgl. Fischer, Hiemenz, u.a. 1984, S. 27). Das ist deshalb besonders wichtig, weil die Funktionsfähigkeit der nationalen Finanzsysteme im Rahmen der monetaristischen Sanierungsstrategie oberste Priorität hat und als zentrale Voraussetzung für industrielles Wachstum begriffen wird.

Einzig »Erfolg«, den die Militärdiktatur wirtschaftspolitisch vorzuweisen hat: während die industrielle Entwicklung dahinsiechte und die Lohnabhängigen wiederholt massive Reallohnverluste hinnehmen mußten, konnten Geldkapitalbesitzer ihr Vermögen in diesen acht Jahren durch Spekulationen schätzungsweise verzwanzigfachen (vgl. Ehrke 1984, S. 55). Dieses angehäuften Geldvermögen befindet sich nun »sicher angelegt« im Ausland.

Ausgerechnet eine mit radikaler Härte durchgesetzte monetaristische »Stabilisierungspolitik« resultierte also in einem monetären Chaos, das selbst auf dem lateinamerikanischen Kontinent seinesgleichen sucht. Natürlich löste das argentinische Fiasko in den geistigen Zentren des Monetarismus eine gewisse Beunruhigung aus. So zum Beispiel auch im Kieler Institut für Weltwirtschaft, in dem seither eine nicht endenwollende Serie von Studien über die argentinische Wirtschaftsentwicklung angefertigt wurde, die alle dasselbe Ziel verfolgen: nachzuweisen, daß die Krise Argentiniens erstens hausgemacht sei, und zweitens, daß der Fehler nicht im monetaristischen Konzept, sondern im mangelnden Durchhaltevermögen bei seiner Anwendung durch die argentinischen Militärs gesucht werden müsse. Als Abweichung von der reinen Lehre und Gründe für das Scheitern betrachten die Kieler Experten vor allem die Überbewertung des argentinischen Peso ab 1979 und die seit 1981 wieder abrupt ansteigenden Budgetdefizite, sowie überhaupt zuviel staatliche Einmischung in alle Märkte (vgl. Fischer, u.a. 1984, S. 22 ff.). Daß 1982 schließlich auch noch die Reallöhne wieder zu steigen begannen, gibt beredetes Zeugnis von der Unfähigkeit der Militärjunta in Sachen Autorität. Sind die argentinischen Militärs einfach schwach geworden?

Dem ersten Wirtschaftsminister der Militärs, Martinez de Hoz, kann man mangelnde Härte gewiß nicht zum Vorwurf machen. Er regierte die wirtschaftspolitischen Geschicke seines Landes mit eiserner Entschlossenheit bis zum Zusammenbruch des argentinischen Finanzsektors 1981. Gleich nach seinem Amtsantritt 1976 wurde der argentinische Peso um 80 % abgewertet, das Haushaltsdefizit wurde rigoros von 13 % auf 6 % des BSP gekürzt, die Reallöhne wurden um ein Drittel reduziert und die Preiskontrollen gelockert. 1977 folgte dann eine Reform des Finanzsektors, in der die Zinssätze liberalisiert und praktisch alle Reglementierung

gen des transnationalen Kapitalverkehrs aufgehoben wurden. Die argentinische Ökonomie war nun auf Gedeih und Verderb den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Weltmarkts ausgeliefert. Unmittelbare Folgen waren ein abrupter Anstieg der Zinsraten und eine dramatische Ausdehnung des Finanzsektors innerhalb kürzester Frist. Obwohl die Geldmengenerweiterung durch die Zentralbank drastisch reduziert worden war und der plötzliche Anstieg der Zinssätze eine scharfe Rezession hervorrief, war die Inflationsrate nicht unter die 175 %-Marge zu senken. Das lag zum einen an den hohen Zinsen und den durch die Abwertung gestiegenen Importkosten, zum anderen wurde diesem Kostendruck auf der monetären Ebene durch die nun massiv einströmenden externen Finanzmittel nachgegeben. Während der industrielle Output 1978 um 7,9 % zurückging, stieg die Verschuldung der Industrieunternehmen rasch an. Da auch die subventionierten staatlichen Kredite den Haushaltskürzungen zum Opfer gefallen waren, waren die Unternehmen gezwungen, sich zu höheren Zinskosten mit externen Krediten zu finanzieren.

Aber eine Inflationsrate von über 175 Prozent war in dieser Situation nicht akzeptabel. Eine Konstellation, in der hohe Inflationsraten, positive Realzinsen, Krise in der produktiven Akkumulation und massive externe Kapitalzuflüsse zusammenkommen, ist hochspekulativ und droht ins Finanzchaos abzugleiten. Industriebetriebe gingen zunehmend dazu über, in den Finanzsektor zu diversifizieren, weil da die besseren Geschäfte zu machen waren. Schließlich startete die Administration von Martinez de Hoz einen letzten Versuch, der Inflation mit rein monetaristischen Instrumenten Herr zu werden, und ließ im April 1978 den Wechselkurs frei floaten — ohne Erfolg. Theoretisch hätte der Zustrom ausländischer Finanzmittel zu einer Erhöhung der Investitionsquote führen sollen. Der von McKinnon so getaufte »investment effect« der finanziellen Liberalisierung entsteht dadurch, daß sich mit den steigenden Zinssätzen zwar die Investitionsnachfrage reduziert, die realisierte Investitionsquote aber wegen des wachsenden Angebots an Geldkapital steigen kann (vgl. Fischer 1980, S. 524 f.). Vorausgesetzt wird dabei, daß sich durch das genügend hohe Geldkapitalangebot auf den Finanzmärkten ein »Gleichgewichtszinssatz« herausbildet, der zwar real positiv ist, aber doch deutlich genug unter der durchschnittlichen Profitrate liegt, um nicht eine spekulative Kapitalabwanderung in die Finanzsphäre zu provozieren. Steigt die Investitionsquote, dann wächst auch das Angebot, die Inflationsrate geht zurück — die monetäre Stabilisierung ist geglückt. Aber in Argentinien lief alles ganz anders. Von einem Gleichgewichtszinssatz konnte hier gar keine Rede sein. Denn erstens orientierte sich der Zinssatz, der dem einströmenden internationalen Geldkapital als Verwertung geboten werden mußte, am internationalen Zinsniveau und nicht an den Profitraten der nationalen Industrie. Er mußte, um das Abwertungsrisiko und die Unsicherheit der hohen Inflationsraten auszugleichen, deutlich über dem internationalen Niveau liegen. Und zweitens lag der Reiz der Finanzanlagen nicht nur in der Verzinsung. Bei hohen Inflationsraten bringt ein unregulierter Finanzsektor naturgemäß eine Vielfalt von Anlageformen mit höchst unterschiedlichen Realzinsen hervor. Durch geschickten Wechsel von einer Anlageform in die andere lassen sich Gewinne machen, gegen die keine reale Investition mehr konkurrieren kann. Die Instabilität des Finanzsektors einmal gegeben, führen unregulierte Zinsraten und ein ebenso unregulierter Zustrom von Geldkapital zwangsläufig zu wilden Spekulationsbewegungen und zu einer Abwanderung des Kapitals aus dem produktiven in den Finanzsektor.

Martinez de Hoz zog im Dezember 1978 die Notbremse, indem er die erste Sünde wider die neoliberale Doktrin beging. Er entschloß sich zu einer neuen Wechselkurspolitik, die auf einem Mechanismus systematisch verzögerter Abwertung fußte. Mit der »tablita« installierte er einen

Abwertungsrhythmus in kleinen, vorher angekündigten Raten, die stetig hinter der Inflationsrate zurückblieben, so daß der Peso bis Ende 1980 um 40 % überbewertet war. Ergänzt wurde diese Politik überhöhter Wechselkurse durch einen konsequenten Abbau der Schutzzölle. Ausländische Waren und ausländisches Kapital wurden dadurch erheblich billiger. So gelang es tatsächlich, die Inflationsrate unter 100 % zu senken, die internen Realzinsen glitten wieder ins Negative ab. Die Wirtschaft reagierte auf diese Erleichterung 1979 mit einem spontanen Aufschwung. Die industrielle Produktion erholte sich und sogar die Reallöhne stiegen merklich an. Aber dieser Wirtschaftsboom sollte sich als Scheinblüte erweisen. Denn die überbewertete Währung verleitete zu einer Importkonjunktur und untergrub gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit des Exportsektors. Während des kurzfristigen Wirtschaftsaufschwungs wurde daher die Handelsbilanz völlig aus dem Gleichgewicht gebracht. Zwischen 1978 und 1980 stiegen die Importe um über 160 % an. Die Handelsbilanz, die noch 1979 einen Überschuß von 1 Mrd. Dollar verzeichnen konnte, rutschte 1980 in ein 1,4 Mrd. Dollar großes Defizit ab (vgl. Wogart 1983, S. 452). Auf dieser Grundlage wuchsen die Abwertungserwartungen, da ein stark überhöhter Wechselkurs unter solchen Bedingungen auf die Dauer nicht durchzuhalten ist. Massive Kapitalfluchtbewegungen waren zu befürchten.

Inzwischen hatte aber das ausländische Geldkapital alle Poren der argentinischen Ökonomie durchdrungen. Die günstigen Preise, zu denen ausländische Waren und Finanzmittel zu haben waren, hatten 1979 eine neue Welle der Auslandsverschuldung provoziert. Ein massiver Rückfluß der externen Finanzmittel mußte verheerende Folgen haben. Um ihn zu verhindern, entschloß sich die Regierung, Maßnahmen zur Verteidigung der Währung zu ergreifen. Der stetige Zufluß ausländischen Geldkapitals sollte dadurch abgesichert werden, daß die Regierung das Währungsrisiko durch eine Rücktauschgarantie vollständig übernahm. Damit waren in Argentinien alle Bedingungen gegeben, von denen in- und ausländische Finanzspekulant nur träumen konnten: phantastische Gewinne ließen sich erzielen, wenn man Dollars in auf argentinische Pesos lautende Finanzanlagen investierte, die — wegen der hohen Inflationsrate — eine über 100prozentige Nominalverzinsung boten. Die vervielfachten Peso-Beträge konnten dann zum inzwischen nur geringfügig abgewerteten offiziellen Kurs in fast ebenso vervielfachte Dollarbeträge zurückverwandelt werden. Auf diese Weise konnte man sein Vermögen innerhalb relativ kurzer Zeit verdoppeln. Voraussetzung war allerdings die Kurzfristigkeit der Finanzanlagen und die Möglichkeit, jederzeit wieder in den Dollar flüchten zu können (Vgl. Schwarzer 1983).

Die Finanzspekulation begann nun, die argentinische Wirtschaft vollständig zu beherrschen und zu ruinieren. Für alle, die irgendeinen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten hatten, wurde die Spekulation zum einzig wahren Geschäft. Die industriellen Aktivitäten, durch wieder ansteigende Zinsraten und die allmählich wirksam werdende internationale Konkurrenz ohnehin schon angeschlagen, wurden vom allgemeinen Spekulationsfieber völlig verdrängt. Banken brachen zusammen, weil sie kaum noch über langfristige Einlagen verfügten, um den Turbulenzen der Spekulation standzuhalten. Diese Bankenkonkurrenzen waren schließlich der Anlaß für eine nicht mehr aufzuhaltende Welle von Kapitalflucht. Um Schlimmeres zu vermeiden, hielt sich die Regierung an ihre Umtauschgarantie und finanzierte die Kapitalflucht zunächst aus den Devisenreserven und schließlich, indem sie sich selbst auf den internationalen Märkten verschuldete. Zu den Schulden, die der private Sektor in den Jahren 78 und 79 auf den internationalen Märkten aufgenommen hatte, kamen nun die Schulden, die die Regierung eingehen mußte, um die Kapitalflucht zu finanzieren. In nur wenigen Jahren hatte sich die Auslandsschuld Argentiniens auf diese Weise mehr als verdreifacht.



1981 wurden schließlich die Lächer in der Zahlungsbilanz so groß, daß die Abwertung nicht mehr länger hinauszuschieben war. Nach dem Rücktritt von Martínez de Hoz im März folgten kurz nacheinander mehrere Abwertungen um jeweils 30 %, die aber die Kapitalflucht nicht bremsen konnten. Das Land blutete regelrecht aus und erlebte die schwerste wirtschaftliche Krise. In diesem Jahr ging die Industrieproduktion um 15 % zurück, die Importe sanken um fast 40 %, die Inflationsrate schoß wieder in die Höhe und die Reallöhne nahmen um 20 % ab. Der Finanzsektor war ruiniert. Schwere Rezession, Inflation und Kapitalflucht in einem vorher nie gekannten Ausmaß waren die Ergebnisse eines wirtschaftspolitischen Experiments, das in erster Linie die monetäre Stabilisierung zum Ziel hatte. Die Überbewertung des Wechselkurses, die ursprünglich dazu dienen sollte, die Integration Argentiniens in die internationalen Finanzmärkte mit den Bedürfnissen der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung zu versöhnen, lief auf eine ungeheure Bereicherung der Spekulanten auf Kosten der Industrie und vor allem auf Kosten der Lohnabhängigen hinaus. Diese Spekulationsgewinne mußten mehrfach bezahlt werden: sie führten zur Vernichtung von industriellen Arbeitsplätzen, zu Abwertungen, die sich unmittelbar in Reallohnverlusten auswirkten, und sie hinterließen schließlich eine Auslandsschuld, die früher oder später mit weiteren Reallohnsenkungen, Rezession und Abwertung zu begleichen war.

Auf die relativ hilflosen Maßnahmen, mit denen in den letzten zwei Jahren der Militärdiktatur vier verschiedene Finanzminister ihr Glück versuchten, braucht hier nicht mehr im Einzelnen eingegangen zu werden. Tatsächlich war zu diesem Zeitpunkt jede nationale Wirtschaftspolitik, soweit sie unter der Voraussetzung der Integration Argentiniens in das internationale Finanzsystem operierte, zum Scheitern verurteilt. Unter dieser Voraussetzung hatten die internationalen Finanzmärkte ihr Urteil über die Wirtschaft Argentiniens schon gesprochen. Nun waren es nicht mehr die argentinischen Politiker, die über die Bedingungen entschieden, zu denen das internationale Geldkapital einströmen konnte, sondern das Geldkapital entschied über die Bedingungen, unter denen in Argentinien Politik gemacht werden konnte. Durch die spektakuläre Aufblähung des argentinischen Finanzsektors war eine ungeheure Masse finanzieller Forderungen entstanden, und die Integration in die internationalen Finanzmärkte hatte dazu geführt, daß diese Forderungen nun Forderungen des Auslands an Argentinien waren, obwohl das Land gar nicht »über seine Verhältnisse« gelebt hatte. Das in den Zeiten der Spekulationsblüte angehäuften Geldvermögen war rein fiktives Kapital, das nun in den Händen der ausländischen Gläubiger seine Ansprüche an den wirklichen gesellschaftlichen Reichtum Argentiniens geltend machte. In der Folge konnte es nur noch darum gehen, eine politische Form zu finden, unter der diese Enteignung durchzusetzen war.

Der die Militärdiktatur ablösenden zivilen bürgerlichen Regierung, die dieses ruinöse wirtschaftliche Erbe anzutreten hatte, blieb denn auch keine Wahl mehr. Sie war schließlich gezwungen, den nationalen Ausverkauf mit etwa denselben wirtschaftspolitischen Instrumenten zu betreiben, mit denen schon die Militärs das Land in den Ruin geführt hatten: Abwertung, Reduzierung der Staatsdefizite, Lohnsenkung, positive Realzinsen und Rezession. Die wirtschaftliche Schocktherapie, mit der die Regierung Alfonsín im Frühsommer letzten Jahres die galoppierende Inflation gewaltsam abwürgte, beruht im Prinzip auf derselben Logik, wie die Politik der Militärs: Monetäre Stabilisierung und hohe Verzinsung des Geldkapitals (die jährliche Verzinsung liegt gegenwärtig bei 60 %) sollen die Zufuhr externer Finanzmittel fördern (vgl. Barrera 1985). Dabei geraten die Produktivkräfte des Landes ebenso unter die Räder wie in der Zeit der Militärdiktatur. Nur sind es heute die während der Diktatur aufgebauten finanziellen Abhängigkeiten, die die argentinische Regierung zu dieser Politik zwingen. Der Kreis

schließt sich. Ausgehend von Kapitalfluchtbewegungen und hoher Inflation unterwarfen die argentinischen Militärs das Land einer monetaristischen Stabilisierungspolitik mit dem Resultat verstärkter Kapitalflucht und Inflation plus Rezession und externer Verschuldung, die dem Land erneut die Anwendung monetaristischer Rezepte aufnötigte.

Um diesen Teufelskreis zu verstehen, müssen wir die Ursachen des argentinischen Fiascos noch etwas tiefer ausloten. Allem Anschein nach führte die Integration Argentiniens in den monetären Weltmarkt dazu, daß sich alle denkbaren geld- und währungspolitischen Alternativen auf die Wahl zwischen Spekulation und Kapitalflucht beschränkten: während negative Zinssätze zwar die Industrie begünstigen und die Inflation eindämmen, aber die Kapitalflucht fördern, beschleunigen positive Zinssätze das Inflationsstempo und provozieren spekulative Kapitalzuflüsse. Überhöhte Wechselkurse verschlechtern die Handelsbilanz und führen zu Kapitalflucht, ständige Abwertungen dagegen zu Inflation und finanzieller Instabilität. Einen »richtigen« Wechselkurs gibt es offenbar genauso wenig, wie einen »richtigen« Zinssatz. Gerade die geld- und währungspolitischen Mittel, die geeignet wären, die Inflationsrate zu senken, verschärfen die Zahlungsprobleme. Umgekehrt führt eine an der Zahlungsbilanz ausgerichtete Wirtschaftspolitik zur Erhöhung der Inflation.

In diesem hier oberflächlich skizzierten geldpolitischen Teufelskreis, der zwangsläufig in monetärer Instabilität und Abhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten resultiert, und mit dem sich fast alle verschuldeten Entwicklungsländer in mehr oder weniger ausgeprägter Form herumschlagen müssen, verbirgt sich ein grundsätzliches Dilemma, das die Stellung der Entwicklungsländer auf dem monetären Weltmarkt betrifft, und das von zwei Seiten genährt wird. Zum einen bilden die Entwicklungsländer auch auf dem monetären Weltmarkt die Peripherie. Entwicklung, Struktur und Volumen des monetären Weltmarkts werden von den Akkumulationsbedingungen in den Metropolen reguliert. Die Dritte Welt bleibt dabei Objekt und Lückenbüßer für die wechselnden Reproduktionsbedingungen des Kapitals in den Industrieländern. Zeiten, in denen überschüssiges Geldkapital die Weltmärkte und mit ihnen die Finanzmärkte der Entwicklungsländer überschwemmt, werden immer wieder abgelöst von Phasen erhöhten Finanzbedarfs in den Metropolen und einer entsprechend erschweren Refinanzierung in den Entwicklungsländern. Diesen Konjunkturen des monetären Weltmarktes sind die Entwicklungsländer — soweit sie sich auf ihn einlassen — relativ hilflos ausgeliefert.

Zum anderen verhindert die wirtschaftliche und finanzielle Instabilität in den Entwicklungsländern, daß sich das internationale mobile Geldkapital dort langfristig bindet. Hohe, oder auch nur stark schwankende Inflationsraten lassen langfristige Geldanlagen als zu riskant erscheinen. Der Kreditmarkt zeichnet sich dann durch einen entsprechend hohen Grad an Liquidität aus. Überwiegend kurzfristige Kreditangebote können aber den Bedarf an langfristigem Investitionskapital nicht befriedigen. Um die so entstandene Lücke im Akkumulationsfond zu schließen, muß auf ausländisches Kapital zurückgegriffen werden. Die Abhängigkeit der Dritten Welt von den internationalen Finanzmärkten hat hier ihre Wurzeln. Aber auch der Zustrom externer Kredite führt nicht unbedingt zu einer Stabilisierung des nationalen Finanzsektors. Die Entwicklung in Argentinien gibt ein Beispiel dafür, daß gerade die Öffnung zu den internationalen Finanzmärkten diese Probleme nicht löst, sondern verschärft. Auf der Grundlage instabiler nationaler Kreditmärkte, die sich durch Kurzlebigkeit und rasch wechselnde Verwertungsbedingungen auszeichnen, verursacht massiver und unregulierter Kapitalzufluß fast zwangsläufig eine Spekulationsschwemme und schließlich erneut Kapitalflucht. Statt langfristiger Kredite bleiben am Ende vor allem langfristige Schulden zurück.

## Die Rolle des monetären Weltmarkts bei der internationalen Verteilung der Krisenlasten

Die finanzielle Instabilität als strukturelles Problem der Entwicklungsländer ist durch ihre bloße Einbindung in den monetären Weltmarkt offensichtlich nicht zu überwinden. Umgekehrt stellt sich die Frage, inwieweit diese inflationären Strukturen direkt mit der Integration in den kapitalistischen Weltmarkt zusammenhängen, inwieweit also nicht die Inflation für die Zahlungsbilanzprobleme, sondern umgekehrt das Problem mit der Zahlungsbilanz für die Inflation verantwortlich ist. Im Sinne dieser Umkehrung der monetaristischen Erklärung behauptet beispielsweise Nicholas Kaldor: »Gerade die Schärfe der Zahlungsbilanzrestriktionen führt zur galoppierenden Inflation — kein Land, das nicht aus Zahlungsbilanzgründen (im Unterschied zu protektionistischen Gründen) gezwungen war, seine Einfuhren zu beschränken, hatte unter hohen Inflationsraten zu leiden« (Kaldor 1983, S. 36).

Betrachtet man die Geschichte der Inflation in Argentinien, so spricht einiges für diese Erklärung. Die von neoliberaler Seite ständig wiederholte Behauptung, daß die Geschichte der Inflation in Argentinien in erster Linie eine Geschichte von Staatsdefiziten und expansiver Geldpolitik sei, läßt sich bei näherer Betrachtung der argentinischen Entwicklung nicht aufrechterhalten. Denn die seit Ende des zweiten Weltkriegs hohen Inflationsraten resultieren ursprünglich aus einem Kostendruck und nicht aus einem Nachfragesog, was schon daran ersichtlich wird, daß in Jahren besonders hoher Inflationsraten stets ein scharfer Rückgang der Produktion zu verzeichnen war (vgl. Díaz Alejandro 1975, S. 344). Der staatlichen Geldpolitik kam im Rahmen dieser Kostendruck-Inflation eine im wesentlichen permissive Rolle zu. Sie stellte lediglich die Geldmenge zur Verfügung, die notwendig war, um die gestiegenen Kosten auf die Preise überzuwälzen.

Diese Kostendruck-Inflation tauchte nach dem zweiten Weltkrieg in all den Ländern als permanentes Problem auf, die zu einer Politik importsubstituierender Industrialisierung übergegangen waren. Ein Faktor dieses inflationären Kostendrucks waren permanente Abwertungszwänge, die sich auch in Argentinien beobachten lassen: Phasen beschleunigten Wirtschaftswachstums führten hier regelmäßig in ein Zahlungsbilanzdefizit, dem schließlich nur durch Abwertung beizukommen war. Erst nachdem diese Abwertung höhere Inflation und in der Folge einen Rückgang des Produktionsvolumens bewirkt hatten, kam die Zahlungsbilanz wieder ins Lot (vgl. ebda S. 345 ff.). Die unvermeidliche Zahlungsbilanzklemme, die stets als Kehrseite höherer Wachstumsraten auftauchte, bewirkte ein von chronischen inflationären Prozessen durchwachsendes ständiges Auf und Ab in der wirtschaftlichen Entwicklung. Warum konnte dieser vertrackte Rhythmus von Aufschwung, Zahlungsbilanzklemme, Inflation und Rezession nicht durchbrochen werden? Betrachtet man die Entwicklung der relativen Preise in Argentinien seit dem zweiten Weltkrieg, dann zeigt sich, daß es stets die überdurchschnittlich steigenden Kapitalgüterpreise waren, die die Inflation anheizten. Zwischen 1944 und 1965 lag die Investitionsquote bei durchschnittlich etwa 20 %. Das Bruttosozialprodukt wuchs aber in dieser Zeit nur um etwa 3 % jährlich. Dieser vergleichsweise sehr hohen Differenz zwischen Investitionsquote und Wirtschaftswachstum liegt ein überdurchschnittlicher Anstieg der Preise für Kapitalgüter zugrunde, der auf die Preisinelastizität des Angebots zurückzuführen ist (vgl. ebda, S. 302 f.).

Da Investitionsgüter zum größten Teil importiert werden mußten, machte sich jede Beschleunigung des Wirtschaftswachstums unmittelbar in einem Zahlungsbilanzdefizit geltend. Durch die Abwertung verteuerten sich die Kapitalgüterimporte, während die weiter-

hin bestehende Devisenknappheit verhinderte, daß die Angebotsmenge wuchs. So wirkten die Restriktionen der Zahlungsbilanz nicht nur als automatische Wachstumsbremse, sondern führten auch dazu, daß die Kapitalgüterpreise in Argentinien dauerhaft weit über dem internationalen Durchschnitt lagen (vgl. S. 303).

Mit diesen Problemen hatte nicht nur Argentinien zu kämpfen. Sie sind typische Folgen eines fundamentalen Defekts »unterentwickelter« Ökonomien, der in der dependenztheoretischen Diskussion unter der Bezeichnung »strukturelle Heterogenität« erstmals umfassend thematisiert und zum Ausgangspunkt kritischer Analysen gemacht wurde (vgl. Córdova 1973). Gemeint ist damit die fehlende Vereinheitlichung gesellschaftlicher Strukturen, die sich in einem Nebeneinander von Sektoren mit unterschiedlichen Produktions- und Eigentumsverhältnissen, entsprechend großen Unterschieden im Produktivitätsniveau und in heterogenen Klassenstrukturen mit einer entsprechend ungleichen Einkommens- und Beschäftigungssituation niederschlägt (vgl. ebda, S. 26 f.). Diese fehlende Vereinheitlichung kapitalistischer Reproduktionsstrukturen behindert die für die kapitalistische Entwicklung konstitutiven Ausgleichsmechanismen, so daß ein beschleunigtes Wachstum in einigen Sektoren die ökonomischen Ungleichgewichte und strukturellen Verzerrungen stets vergrößert, statt sie zu beheben. Die Folge sind Angebotsengpässe und Preissteigerungen bei den Produkten, die entweder in den »traditionellen« Sektoren hergestellt oder aus dem Ausland bezogen werden. Wegen der geringen Mobilität des Kapitals führen diese Preissteigerungen nicht ohne weiteres zu Kapitalbewegungen in den Engpaßsektor, so daß hier permanente Inflationsherde entstehen (vgl. dazu Hurtienne/Schöller 1976).

Die hohen Inflationsraten sind also ein Tribut, den die (im Sinne der Kapitalakkumulation) unterentwickelten gesellschaftlichen Strukturen der industriellen Entwicklung abverlangen. Aber auf die Dauer wird dieser Preis sehr hoch, zu hoch. Denn die steigenden Inflationsraten belasten die Konkurrenzfähigkeit des Exportsektors und führen zu erneuten Abwertungen, die ihrerseits die Inflation anheizen. So kommt ein Prozeß in Gang, in dem sich externer und interner Verfall des Geldwerts gegenseitig verstärken. In dieser Situation schien das seit Ende der sechziger Jahre rasant anwachsende internationale Kreditangebot eine echte Chance zu beinhalten: die Chance, die durch höhere Wachstumsraten verursachten Handelsbilanzdefizite extern zu finanzieren, dadurch dem Zwang zur Abwertung zu entgehen und schließlich mit diesen externen Geldern Investitionen bezahlen zu können, mit denen die Rückständigkeit und Unvollständigkeit des nationalen Produktionsapparates ein für allemal überwunden werden sollte.

Aber diese Rechnung sollte nicht aufgehen. Obwohl die Resultate des Verschuldungsprozesses in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich sind, gibt es in der Entwicklung einige Parallelen, insbesondere was die Eigendynamik des Verschuldungsprozesses betrifft. Auch Länder, die nicht von Anfang an eine so radikale Liberalisierungspolitik betrieben wie Argentinien, wurden im Laufe des Verschuldungsprozesses allmählich gezwungen, ihre nationalen Finanzmärkte verstärkt in den monetären Weltmarkt zu integrieren.<sup>3</sup> So machten beispielsweise auch Länder wie Brasilien und Mexiko, in denen die Verschuldung relativ stark in den Dienst einer nationalen Industrialisierungspolitik gestellt wurde, seit Mitte der 70er Jahre ähnliche Prozesse der finanziellen Destabilisierung durch wie Argentinien. Auch Mexiko hatte nach einer vorübergehenden monetären Stabilisierung in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wieder steigende Inflationsraten zu verzeichnen, die 1976 erstmals wieder eine massive Abwertung von 60 % nötig machten. Die Zwänge des Verschuldungsprozesses mündeten hier schließlich in der vollständigen Öffnung der nationa-

len Finanzmärkte durch ihre »Dollarisierung«, die 1979 in Form eines dualen Finanzsystems auch institutionell abgesegnet wurde. Diese monetäre Öffnung war von steigenden Inflationsraten und Kapitalflucht begleitet (vgl. Quijano 1981, S. 85 ff.). Auch in Brasilien wurde die vorübergehende Stabilisierung des nationalen Finanzsystems mit fortschreitender Verschuldung von zunehmend spekulativen Tendenzen abgelöst; gegen Ende der 70er Jahre mußten die nationalen Zinsraten dem internationalen Niveau angepaßt werden, die Inflationsrate schnellte in die Höhe, die Spekulation nahm auf den Kreditmärkten überhand (vgl. Conceição Tavares 1980 und M. Baer 1983).

Die Abhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten war generell der Preis, der für die vorübergehende Stabilisierung des Wechselkurses und die Erweiterung des Akkumulationsfonds zu bezahlen war. Mit den Schulden wuchs der Schuldendienst und damit der Zwang, ständig neue Kredite an Land zu ziehen, die nun nicht mehr in den nationalen Akkumulationsprozeß eingespeist, sondern für Zins- und Tilgungszahlungen verwendet wurden. Und je stärker der Verschuldungsprozeß auf diesem Weg eine Eigendynamik entwickelte, desto größer wurde der Anpassungsdruck auf die Kreditmärkte der Schuldnerländer. Schließlich wurde es unumgänglich, die Zinsrate zu liberalisieren, die Inflationsrate stieg wieder an, die externen Gelder — soweit sie überhaupt noch im Land blieben — wanderten kaum noch in die produktive Akkumulation, sondern verwandelten die nationalen Finanzsysteme in Brutstätten der Spekulation. Argentinien unterscheidet sich hier von vergleichbaren Ländern Lateinamerikas in erster Linie dadurch, daß es durch die radikale Liberalisierungspolitik der Militärs von Anfang an mit den destruktiven Mechanismen des monetären Weltmarkts konfrontiert war, während Mexiko und Brasilien diese erst nach einer längeren Phase beschleunigten Wachstums zu spüren bekamen. Vor diesem Hintergrund erscheint die in Argentinien von den Monetaristen forcierte Politik in einem neuen Licht: sie kam offensichtlich nicht nur den Interessen der argentinischen Finanz- und Agraroligarchie entgegen, sondern mindestens ebenso sehr der Dynamik des monetären Weltmarkts. Die von den argentinischen Militärs freiwillig betriebene Politik der finanziellen Öffnung entpuppt sich als Durchsetzungsformel für die Expansionsbedürfnisse der internationalen Finanzmärkte, die sich diese Öffnung andernorts über bestehende Abhängigkeiten zwangsweise verschafften.

Um diesen globalen Zusammenhängen auf den Grund zu kommen, müssen wir einen Blick auf die andere Seite des Verschuldungsprozesses werfen: auf die Seite der Gläubigerländer. Hier sprudelten seit den sechziger, vor allem aber seit Mitte der siebziger Jahre die Quellen dieser nach Verwertung suchenden Geldkapitalmassen. Hier hatten sich als Folge des kontinuierlichen Absinkens der durchschnittlichen Kapitalrentabilitäten jene gewaltigen Finanzmassen aufgetürmt, die schließlich die Finanzmärkte der Entwicklungsländer überschwemmen und sie ihren Bewegungsgesetzen unterwerfen sollten. Das explosive Wachstum der internationalen Finanzmärkte bildete die Kehrseite einer internationalen Überakkumulationskrise, die von den kapitalistischen Industrieländern ausging (vgl. Schubert 1985, S. 57 ff.). In Ermangelung genügend profitträchtiger Möglichkeiten für eine wirkliche, produktive Kapitalverwertung verwandelten die Kapitalüberschüsse der Metropolen den monetären Weltmarkt in eine Sphäre fiktiver Akkumulation. Was sich in den siebziger Jahren auf den Weltfinanzmärkten abspielte, war die Aufblähung fiktiver Kapitalmassen, deren Verwertung in Form des Zinses sich zunehmend von ihrer Grundlage, der durchschnittlichen Profitrate, löslöste.

Dieses sprunghafte Anwachsen fiktiven Kapitals kann zunächst als vollkommen »normale« Begleiterscheinung des kapitalistischen Krisenprozesses interpretiert werden. In der sog.

»Plethora von Geldkapital« setzt sich die Überakkumulation von Kapital fort, solange bis sich die Krise der Kapitalverwertung schließlich in einer Krise des Kredits vollzieht (vgl. Marx 1969, S. 521 ff.). Dann werden Entwertungsprozesse unaufschiebbar, der Wert der Waren muß »geopfert« werden »um das phantastische und selbständige Dasein dieses Werts im Geld zu sichern« (ebda, S. 532). Mit der Entwicklung des monetären Weltmarkts aber wurde dieser Krisenverlauf entscheidend modifiziert. Denn durch die Internationalisierung des Geldkapitals wurde auch die pathologische Bewegungsform, die das zinstragende Kapital in der Krise annimmt, internationalisiert. Diese Tatsache wurde für das Schicksal der sich verschuldeten Entwicklungsländer in zweifacher Hinsicht von entscheidender Bedeutung: Erstens entwickelte das internationale Geldkapital unter diesen Voraussetzungen eine von ihnen nicht zu kontrollierende Dynamik, in der sich das Zinsniveau allmählich völlig von der durchschnittlichen Profitrate löste. Die finanzielle Instabilität der Schuldnerländer war für dieses auf fiktive Verwertungsraten programmierte Geldkapital ein gefundenes Fressen, eine Bedingung, unter der sich die irrealen Akkumulation auf spekulativer Basis fortsetzen ließ. In den Entwicklungsländern führte das zu den bekannten Erscheinungen der Überhandnahme von Spekulation, Vernichtung von produktivem Kapital bis hin zum finanziellen Chaos. Auf diesem Weg wurde also die Krise in die Schuldnerländer hineingetragen. Zweitens vermehrten sich mit der Masse fiktiven Kapitals auch die Ansprüche an den materiellen Reichtum der Schuldnerländer. Sie befestigten nicht nur deren Abhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten, sondern bildeten auch die Grundlage für eine Verschiebung von Entwertungsprozessen in globalem Ausmaß. Die Abhängigkeit von den Gläubigern zwang die Schuldnerländer in doppelter Hinsicht zu einer krisenverschärfenden Politik: Nachdem schon der Verschuldungsprozeß durch hohe Zinsraten und Spekulation in den Schuldnerländern Krisenprozesse verursacht hatte, stürzte das Versiegen der Kreditzufüsse die betroffenen Länder in noch größere Schwierigkeiten. Um der offenen Zahlungsfähigkeit zu entgehen, waren sowohl eine überdurchschnittliche Höhe der Realzinsen, wie auch laufende Abwertungen unumgänglich. Die Verschuldungskrise ließ von der geld- und währungspolitischen Souveränität der Schuldnernationen praktisch nichts mehr übrig. Während sich die Gläubigerländer mit den Instrumenten der Geld- und Währungspolitik von den international ansteigenden Zins- und Inflationsraten teilweise abkoppeln konnten, waren die Schuldnerländer — da ihnen wirtschaftspolitisch die Hände gebunden waren — diesen sich über den monetären Weltmarkt realisierenden Krisenprozessen voll ausgesetzt. Die hohen Realzinsen beschleunigten in den verschuldeten Ländern Entwertungsprozesse in Form eines nun massiv einsetzenden Deindustrialisierungsprozesses. Die außerordentlich hohen Inflationsraten stellten in diesem Zusammenhang u.a. den vergeblichen Versuch der produktiven Sektoren dar, den Kostendruck, der aus der verschlechterten Position auf dem monetären Weltmarkt resultierte (hohe Realzinsen, Währungsverfall), durch Preiserhöhungen zu überleben — vergeblich deshalb, weil sich mit steigenden Inflationsraten und damit zunehmender monetärer Instabilität auch der Zwang zur Hochzinspolitik und der Abwertungsdruck auf die nationale Währung verstärkten. Diese hohen Inflationsraten in den Schuldnerländern sind also eine Verlaufsform, in der sich Prozesse der Kapitalvernichtung realisieren.

Gleichzeitig setzte der anhaltende Abwertungsdruck — sobald er sich in der Dritten Welt auf breiter Front realisierte — einen Verfall der *terms of trade* der Schuldnerländer in Gang. Zwar überlagern sich im beispiellosen Absturz der Rohstoffpreise seit Beginn der achtziger Jahre verschiedene Momente, wie die anhaltende stagnative Konjunkturentwicklung in den

industrialisierten Ländern und Substitutionseffekte. Durch den Zwang zu Export-Überschüssen wird aber das dadurch entstandene Überangebot auf den internationalen Rohstoffmärkten perpetuiert und ständig vergrößert. Die Verschuldungskrise zwingt die Rohstoffexporteure der Dritten Welt zu dem ökonomisch irrationalen Verhalten, bei sinkenden Weltmarktpreisen für ihre Exportgüter das Angebot ständig auszudehnen — ein Widerspruch, der sogar Kommentatoren des »Handelsblatts« zu einem verblüffenden Rückgriff auf marxistische Redeweisen verleitet: »Der stumme Zwang ihres Devisenhungers war und ist es, der für marktwirtschaftliches Verhalten, für dringend notwendige Kapazitätskürzungen keinen Raum ließ und läßt« (Handelsblatt vom 6. 1. 1986). Die in den Dienst der Exportförderung gestellte Währungspolitik der Schuldnerländer verursacht nicht nur die deutlichste, »klassische« Form von Kapitalentwertung: die Entwertung des Warenkapitals der Schuldnerländer auf den Weltmärkten durch Preisverfall. Hier wird auch sichtbar, daß es sich um eine Verlagerung von Entwertungsprozessen handelt: der Zwang zu Exportüberschüssen existiert ja deshalb, weil die Schuldnerländer für die Verwertung des fiktiven Geldkapitals der Gläubigerländer sorgen müssen. Der Wert der Waren der Schuldnerländer wird also geopfert, um sein »phantastisches Dasein im Geld« der Gläubigerländer zu retten. Finanzchaos und Währungsverfall in den Schuldnerländern sind also die Wegbereiter für reale Entwertungsprozesse, mit denen diese Länder für eine Krise bezahlen müssen, die sie nicht verursacht haben. Die Gläubigerländer konnten sich in diesem Prozeß nicht nur den international hohen Inflations- und Zinsraten teilweise entziehen, sondern auch direkt vom Verfall der Rohstoffpreise profitieren. Der als Transmissionsriemen dieser Verlagerungsprozesse fungierende monetäre Weltmarkt ist daher auch mit Begriffen wie Hegemonie oder Dominanz völlig unzureichend charakterisiert. Es handelt sich um nicht geringeres als eine modernisierte Form klassischer imperialistischer Ausbeutungsmechanismen, um Kapitalexpansion auf Kosten der Dritten Welt.

Das Beispiel Argentiniens soll uns diese Kosten noch kurz vor Augen führen. Wenn hier eingangs von der Enteignung eines ganzen Landes die Rede war, mag das zunächst etwas überzogen geklungen haben. Daß es sich hierbei aber durchaus nicht um polemische Übertreibung handelte, können folgende Zahlen verdeutlichen: während das Bruttosozialprodukt Argentiniens in den letzten zehn Jahren nach einigem Auf und Ab auf einem (von der Weltbank geschätzten) Niveau von 70 Mrd. Dollar stagnierte, vergrößerte sich die Auslandsschuld von 9 auf inzwischen über 50 Mrd. Dollar. Dazwischen lag nichts weiter als die Integration Argentiniens in den Weltmarkt. Berücksichtigt man die in den nächsten Jahren anfallenden Zinsen, und die aus dem Verfall der Exportpreise resultierenden Einnahmeverluste, dann kommt man auf einen Betrag, der das gesamte Bruttosozialprodukt des Landes wahrscheinlich weit übersteigt. Diese Kosten addieren sich zu denen, die schon in den vergangenen zehn Jahren für die Akkumulation der Schulden zu bezahlen waren: dem Absinken der industriellen Produktion um 21 %, Reallohnverlusten von insgesamt 35 % und einer Arbeitslosigkeit, die mit einer offiziellen Rate von 11 % so hoch ist wie seit zwanzig Jahren nicht mehr (vgl. Clarin vom 12. 1. 86).

Natürlich ist es unmöglich, daß Argentinien und die anderen Großschuldner der Dritten Welt diese gewaltigen Summen, zu denen sich Schulden plus Zinsen aufgetürmt haben, jemals wieder zurückzahlen. Aber solange wenigstens die Zinsen bezahlt oder durch neue Kredite finanziert werden können, solange es also nicht zum »großen Krach« kommt, ist das für die Gläubigerländer gar nicht von Nachteil. Im Gegenteil. Die wirtschaftspolitische Entmündigung der Schuldnerländer beruht ja gerade auf ihrer *Abhängigkeit* von den internatio-

nen Finanzmärkten. Nur solange die Entwicklungsländer am Tropf der Gläubigerländer hängen, unterliegen sie jenen wirtschaftspolitischen Zwängen, durch die sich die weltwirtschaftlichen Krisenprozesse auf eine für die Gläubigerländer so angenehme Weise umgestalten. Das war die eigentliche Leistung, die die internationalen Finanzmärkte seit Beginn der siebziger Jahre vollbracht haben. Durch sie konnte das überschüssige Krisenkapital, das die Gläubigerländer seit Anfang der siebziger Jahre produzierten, in die Dritte Welt kanalisiert werden. So verlagerten sich nicht nur die finanzielle Instabilität und die mit ihr verbundenen Krisenprozesse. Die Abhängigkeit vom monetären Weltmarkt zwang die Schuldnerländer auch zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen (Hochzinspolitik, Austerität, Abwertung), die sie den Krisenprozessen voll auslieferten und ihre internationale Konkurrenzposition verschlechterten. Die Gläubiger konnten von der monetären Stabilisierung in ihren eigenen Ländern und den fallenden Exportpreisen der Schuldnerländer profitieren. Das ist der globale Profit, den das in der Dritten Welt akkumulierte fiktive Kapital — unabhängig von den effektiven Zinszahlungen — den Gläubigern einbringt. Daß die zwischen 1981 und 83 den Weltmarkt erschütternde Krise sich schwergewichtig in der Dritten Welt austobte (viel stärker als es noch in der Weltwirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre der Fall war), während die kapitalistischen Industrieländer mit niedrigen Inflationsraten und stabilen Währungen relativ gut über die Runden kamen, ist diesen Segnungen des monetären Weltmarkts zuzuschreiben. Ebenso wie die Tatsache, daß selbst der 1984 einsetzende Aufschwung kaum noch zu einer Verbesserung der außenwirtschaftlichen Situation der Schuldnerländer beitrug. Der Sturzflug der Rohstoffpreise setzte sich ungebremst fort. Die Verschuldungskrise und der damit verbundene Finanz-Kolonialismus gegenüber der Dritten Welt sind zum festen Bestandteil des kapitalistischen Weltmarkts geworden, der es den Gläubigerländern erlaubt, die destruktiven Auswirkungen ihrer internen Krisenprozesse teilweise auf die Dritte Welt abzuwälzen.

### Schlußbemerkung

Dem sachkundigen Leser wird nicht entgangen sein, daß in der hier präsentierten Analyse einige Dimensionen der Verschuldungskrise weitgehend ausgeklammert bleiben. Das betrifft zum einen die Frage nach den möglichen Gefahren, die der wirtschaftliche Niedergang der Dritten Welt rückwirkend für die Industrieländer beinhaltet — ein Punkt, über den schon sehr viel nachgedacht und spekuliert worden ist. Hier ging es in erster Linie darum, zu zeigen, warum sich die kapitalistischen Industrieländer von solchen Kassandrarufern nicht beeindrucken lassen, und daß diese Ignoranz nicht auf den Leichtsinn oder die Unvernunft der Regierenden zurückzuführen ist, sondern auf ihre objektive Interessenslage, auf die Zwänge des Konkurrenzkampfes, die die kapitalistischen Krisenprozesse auf dem Weltmarkt entfalten. Ein anderer Punkt, der in der Diskussion über die Ursachen der Verschuldungskrise in den letzten Jahren stark in den Vordergrund gerückt ist, und der hier nur in sehr abstrakter Form erwähnt wurde, sind die »Strukturdefekte« der Entwicklungsländer und ihr Anteil an der Verschuldungsproblematik. Hier sind sich offizielle Verschuldungsmanager mit manchen linken Theoretikern einig in der Einschätzung, daß die Lösung der Schuldenkrise in erster Linie eine Lösung dieser »Strukturprobleme« in den Entwicklungsländern voraussetzt (auch wenn diese Probleme an unterschiedlichen Stellen geortet werden). So lehnen etwa Rainer Tetzlaff u.a. eine unkonditionierte Vergabe von Krediten an die Schuldnerländer mit dem



Argument ab, daß auflagenfreie Kredite nicht »zur Lösung der den Verschuldungskrisen zugrundeliegenden Strukturprobleme eingesetzt würden« (Körner, u.a. 1984, S. 215). Unbestritten ist, daß die spezifischen gesellschaftlichen Strukturen der Schuldnerländer aus der Problematik der internationalen Verschuldung nicht wegzudenken sind. Was hier sehr abstrakt in der Kategorie der »strukturellen Heterogenität« auftaucht, tritt natürlich in Form konkreter Herrschaftsverhältnisse in Erscheinung, die ihren Teil zur finanziellen Abhängigkeit der Schuldnerländer beitragen. Die Situation Argentiniens heute wäre ohne die jahrelange politische Vorherrschaft der Finanzbourgeoisie nicht denkbar. Aber die argentinische Finanzbourgeoisie konnte sich nur dadurch auf eine derartig destruktive Weise bereichern, daß sie sich als Bestandteil des internationalen Finanzkapitals betätigte, sich dessen Bewegungsgesetzen unterwarf. Die inneren Strukturprobleme der Dritten Welt für die Verschuldungskrise verantwortlich zu machen, heißt also, den Täter mit seinem Werkzeug zu verwechseln. Der aktuelle Diskurs der Banker und ihrer Repräsentanten dreht sich genau um diesen Punkt: mit dem Verweis auf die Kapitalflucht und die hohen Inflationsraten in den Schuldnerländern soll der Vorwurf der finanziellen Erdrosselung dieser Länder seiner inhaltlichen wie auch seiner moralischen Berechtigung beraubt werden. Mir ging es hier darum zu zeigen, wie sich sowohl die Verschuldung, wie auch die damit zusammenhängenden Probleme der Kapitalflucht und der hohen Inflationsraten zum guten Teil aus der Dynamik ergeben, die der monetäre Weltmarkt in den Schuldnerländern entfaltetete, und daß es die Krise der kapitalistischen Industrieländer ist, die diese Dynamik erzeugt. Die »Strukturdefekte« der Entwicklungsländer bieten dafür nur die geeignete Angriffsfläche, spielen also eine passive Rolle. Es sind die »Strukturdefekte« unserer Gesellschaften, sprich: die Widersprüche der Kapitalakkumulation, die die Schuldenkrise verursachten. Forderungen, wie z.B. die nach einer »entwicklungspolitischen Konditionalität« für IWF-Kredite, die die Entwicklungsländer über den Hebel der finanziellen Abhängigkeit zu Strukturreformen zwingen soll (vgl. Körner u.a. 1984, S. 214 ff.), sind nichts anderes als alternative Vorschläge, die Entwicklungsländer an die gegebenen Strukturen des kapitalistischen Weltmarkts anzupassen. Statt in Fortsetzung jahrhundertalter kolonialistischer und imperialistischer Tradition in den Sozialstrukturen der Entwicklungsländer herumzupfuschen, sollten wir besser darüber nachdenken, unter welchen externen Bedingungen sich die Länder der Dritten Welt selbstbestimmt entwickeln können. Denn um dies zu ermöglichen, müssen wir *unsere* Sozialstrukturen von Grund auf verändern.

## Anmerkungen

- 1 Unter dem monetären Weltmarkt wird hier die Gesamtheit der privaten internationalen Geld- und Kreditmärkte verstanden. Diese unregulierten internationalen Finanzmärkte hatten erst zu Beginn der siebziger Jahre ein Volumen und mit dem transnationalen Bankensystem einen institutionellen Rahmen erreicht, die es sinnvoll erscheinen lassen, von einem monetären Weltmarkt zu sprechen (vgl. Schubert 1985, S. 22-29).
- 2 Vgl. zu den hier und im Folgenden verwendeten Daten: Fischer, Hiemenz 1984; Fischer, Trapp 1985; Dornbusch 1984; Wogart 1983 und Schubert 1985, S. 229 ff.
- 3 Die hier angesprochenen monetären Probleme und Widersprüche im Weltmarktbezug von Entwicklungsländern betreffen — wie oben schon angemerkt wurde — diejenigen Länder, deren wirtschaftliche Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg durch Versuche einer binnenmarktorientier-

ten, importsostituierenden Industrialisierung gekennzeichnet war. Soweit im Folgenden in den Erfahrungen Argentiniens mit dem internationalen Finanzsystem verallgemeinerbare Tendenzen aufgespürt werden, beziehe ich mich auf Länder mit diesem Entwicklungsmuster, insbesondere auf die großen Länder Lateinamerikas. Hier entwickelte sich die Abhängigkeit vom monetären Weltmarkt in ausgeprägter Form. Dagegen konnten etwa die südostasiatischen Schwellenländer mit einer stärker exportorientierten Industrialisierungspolitik diese extreme Abhängigkeit vom monetären Weltmarkt vermeiden und sind deshalb den sich verändernden Bedingungen auf den Weltfinanzmärkten nicht in demselben Maße ausgesetzt wie die lateinamerikanischen Länder. Diese verschiedenen Entwicklungswege waren und sind allerdings auch Ausdruck völlig unterschiedlicher sozialer und politischer Konstellationen (vgl. dazu Sachs, 1985a).

## Literatur

- Altwater, Elmar, 1983: *Bruch und Formwandel eines Entwicklungsmodells*; in: Jürgen Hoffmann (Hg.): Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression. Hamburg
- Baer, Monika, 1983: Brasil: Proceso de endeudamiento y crisis externa (1968-1982); in: *CIDE: Economía de América Latina*, Nr. 10, Mexiko
- Barrera, Carlos, 1985: Del Gradualismo al Shock. Es válido el Plan Alfonsín para América Latina? in: *Nueva Sociedad*, Nr. 79
- Castro, Fidel, 1985: Die Verschuldungskrise und die aufhaltsame Zerstörung des Kapitalismus durch die Banken; in: *Leviathan*, 4/85
- Concepción Tavares, María, 1980: El sistema financiero brasileño y el ciclo de expansion reciente; in: *CIDE: Economía de América Latina*, Nr. 4, Mexiko
- Córdova, Armando, 1973: *Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum*, Frankfurt/M.
- Díaz Alejandro, C.F., 1975: *Ensayos sobre la historia económica argentina*, Buenos Aires
- Dornbusch, Rudiger, 1984: *Argentina since Martínez de Hoz*. National Bureau of Economic Research, Working Paper Nr. 1466, Cambridge
- Ehrke, Michael, 1984: *Spekulation und Auslandsverschuldung: Die Fälle Mexiko und Argentinien*, in: Ehrke, M. u.a. (Hrsg.): Lateinamerika, Analysen und Berichte 8, Hamburg
- Fischer, Bernhard, 1980: Höchstzinspolitik, Inflation und wirtschaftliches Wachstum in Entwicklungsländern, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 1980
- Fischer/Hiemenz/Trapp, 1984: *Economic crisis in Argentina and no way out?* Kieler Arbeitspapiere, Nr. 210
- Fischer/Trapp, 1985: *The Argentine financial sector: Performance, problems and policy issues*, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 226
- Furtado, Celso, 1976: *Economic development of Latin America*, Cambridge
- Hürtienne, Thomas und Schöller, Wolfgang, 1976: *Inflation und ökonomische Unterentwicklung am Beispiel Lateinamerikas*, in: Altwater/Brandes/Reiche (Hg.): Inflation-Akkumulation-Krise II, Frankfurt/M.
- Kaldor, Nicholas, 1983: Abwertung und Anpassung in Entwicklungsländern, in: *Finanzierung und Entwicklung*, Juni 1983
- Körner/Maß/Siebold/Tetzlaff, 1984: *Im Teufelskreis der Verschuldung*, Hamburg
- Marx, Karl, 1969: *Das Kapital*, Bd. 3, Berlin
- McKinnon, R., 1973: *Money and Capital in Economic Development*, Washington
- Lenin, W.I., 1916: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, in: Lenin Werke, Band 22
- Quijano, José Manuel, 1981: *México: Estado y Banca Privada*, Mexiko
- Sachs, Jeffrey D., 1985: *The Dollar and the Policy Mix: 1985*, in: Brookings Papers on Economic Activity, 1/85

- Sachs, Jeffrey D., 1985a: *External Debt and Macroeconomic Performance in Latin America and East Asia*, in: *Brookings Papers on Economic Activity*, 2/1985
- Schubert, Alexander, 1985: *Die internationale Verschuldung*, Frankfurt/M.
- Schvarzer, Jorge, 1983: Argentina 1976-1981: El endeudamiento externo como pivote de la especulación financiera, in: *CIDE: Economía de América Latina*, Nr. 10, Mexiko
- Shaw, E., 1973: *Financial Deepening in Economic Development*, Oxford
- Wogart, Jan Peter, 1983: Combining price stabilization with trade and financial liberalization policies. The Argentine experience, 1976-1981, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Nr. 4/1983

### Bolivien verheizt tonnenweise sein Geld

In dem südamerikanischen Land galoppiert die Inflation. Die wertlosen Geldscheine sollen nun mit Beginn dieser Woche tonnenweise verbrannt werden. Als Präsident Victor Paz Estenssoro Anfang August sein Amt antrat, betrug die Inflationsrate kaum vorstellbare 20 000 Prozent im Jahr. Beobachter meinen, daß sie bis Ende des Jahres auf 50 000 Prozent klettern könnte. Allerdings hat der Präsident inzwischen mit einem strengen Sparprogramm hart auf die Preisbremse getreten und damit auch die Zentralbank der Notwendigkeit enthoben, neue Lagerräume zu mieten, um die tonnenweise wertlos werdenden Geldscheine unterzubringen.

Die Notenbank will nun das gehortete Geld loswerden, erklärte Zentralbankchef Raoul Torvar. So ließ die Regierung in den letzten Wochen an verschiedenen Plätzen im Lande große Ziegelöfen bauen, in denen es verbrannt werden soll. Der Entschluß dazu kam nach monatelanger ergebnisloser Prüfung, wie man die wertlosen Scheine doch noch nutzen könnte. Dabei untersuchten die Bankmanager zunächst, ob die Regierung sechs Nullen der bolivianischen Währung streichen sollen, um die gelagerten Banknoten zu eins bis 1 000 Pesos wieder in Umlauf bringen zu können. Derzeit ist die kleinste Geldeinheit der 10 000 Peso-Schein, der nur etwas mehr als zweieinhalb Pfennig wert ist.

Sie prüften auch, ob man die alten Scheine mit einem neuen Überdruck versehen und damit zu neuem Geld machen könnte, wie es Argentinien mit dem Übergang vom Peso zum Austral tat. Doch beide Vorschläge wurden als zu teuer verworfen. Auch als Rohstoff für Pappkartons oder Toilettenpapier sind die Scheine wegen eingemischter Chemikalien nicht zu gebrauchen. Selbst die Verbrennung wird aus Preisgründen nicht zentral in La Paz, sondern auch in Santa Cruz und Cochabamba vorgenommen, um die Tonnen wertloser Scheine nicht für viel Geld im Lande umherkarren zu müssen.

Wieviel Scheine wirklich verbrannt werden müssen, ist auch unklar. Auf dem Höhepunkt der Inflation Anfang des Jahres landete jede Woche ein Flugzeug auf dem Flughafen von La Paz mit neuen, in der Bundesrepublik und Großbritannien gedruckten Banknoten. Papiergeld war damals Boliviens drittgrößter Importposten, nach Weizen und Maschinen. Allein für Druck und Transport des neuen Geldes gab das lateinamerikanische Entwicklungsland umgerechnet mindestens 75 Millionen Mark im Jahr aus. Noch vor vier Monaten beschäftigte die Zentralbank 250 Arbeiter nur damit, das Geld zu zählen, das die Kunden in Zentnersäcken auf die Bank brachten.

*Meldung der Frankfurter Rundschau vom 18. November 1985*